

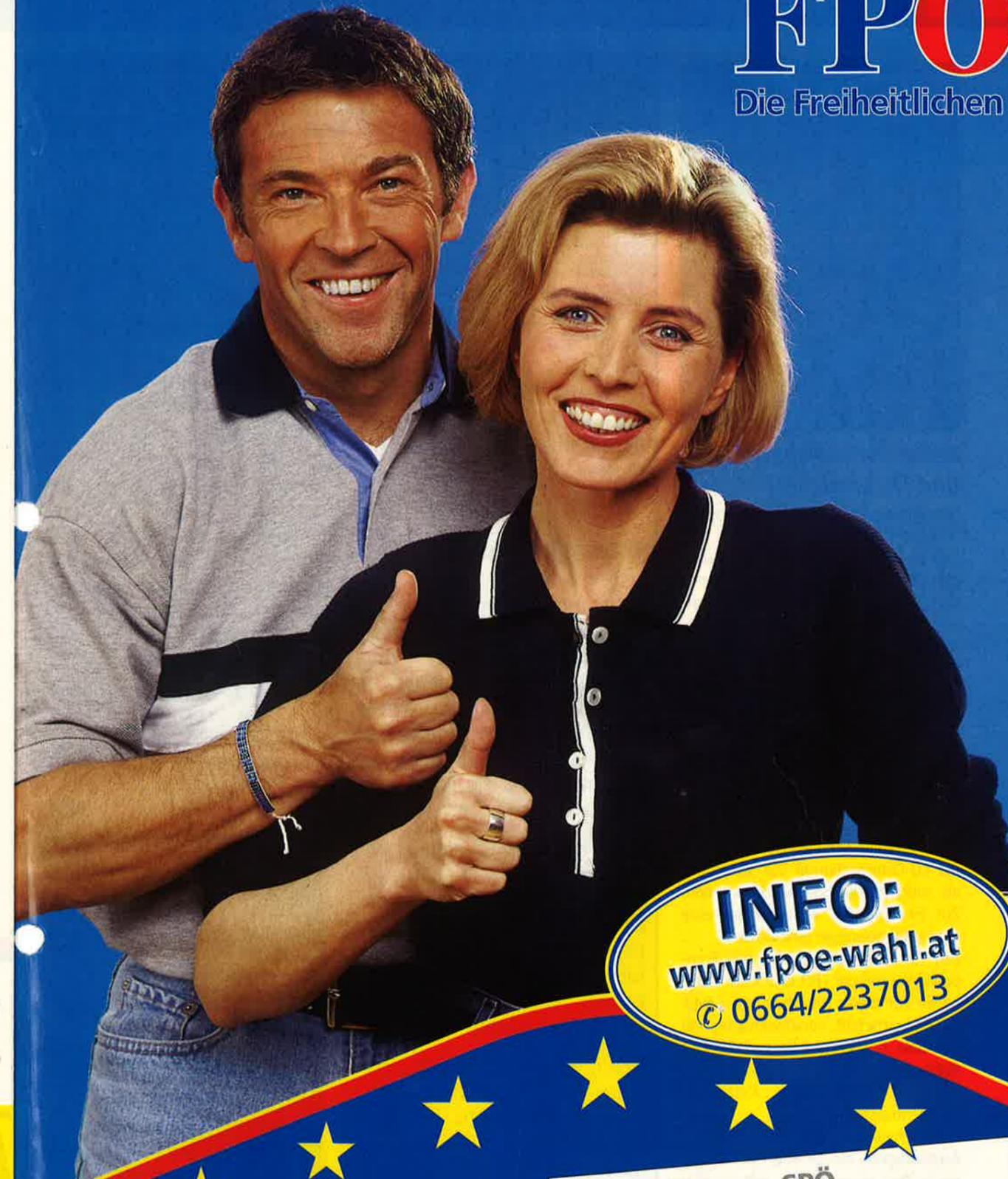
Wir geben Ihnen fünf gute Gründe, FPÖ zu wählen

- 1. Wir kämpfen gegen die Europasteuer.**
 Klima und Schüssel fordern die Europasteuer, die den österreichischen Nettozahlern eine neue Belastungswelle bringt. Die FPÖ wird diese neue Steuer zum Stopfen der EU-Budgetlöcher nicht zulassen und setzt sich für Steuersenkungen ein.
- 2. Wir kämpfen gegen die EU-Osterweiterung.**
 Die EU-Osterweiterung bewirkt für uns Österreicher:

 - Verdoppelung der Beitragszahlungen
 - bis zu 850.000 Zuwanderer aus Osteuropa (laut ISR-Studie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften)
 - Billigarbeiter, die die Arbeitslosigkeit der Österreicher erhöhen (das Lohnniveau in Osteuropa liegt im Durchschnitt um 70 % niedriger als in Österreich)

Die FPÖ ist die einzige Partei, die sich gegen die Osterweiterung ausspricht. Wir fordern von der österreichischen Bundesregierung, daß sie in der EU ein Veto gegen die Osterweiterung einlegt.
- 3. Wir kämpfen gegen Mißwirtschaft und Korruption in der EU.**
 In Brüssel verschwinden 56 Milliarden Schilling durch Mißwirtschaft und Korruption. Das ist nur die Spitze des Eisberges. Klima und Schüssel haben während der österreichischen EU-Präsidentschaft diese Betrugswirtschaft zugedeckt und sich damit auf die Seite der Korruption gestellt. Die FPÖ fordert daher die Einbehaltung der österreichischen EU-Beitragszahlungen bis zur lückenlosen Aufdeckung aller Betrugsskandale sowie die Einsetzung unabhängiger Kontrollorgane, die die Verschwendung unseres Steuergeldes künftig verhindern.
- 4. Wir kämpfen für die Senkung der österreichischen Beitragszahlungen.**
 Österreich ist der drittgrößte Nettozahler in der EU, aber Schlußlicht bei der Mitbestimmung. Österreich darf nicht länger nach der Pfeife Brüssels tanzen.
- 5. Wir sind der Heimvorteil für Österreich.**
 Wir beteiligen uns nicht an der rot-schwarzen Packelei in Brüssel, wir bilden eine Fraktion mit den Österreicherinnen und Österreichern und stimmen immer nach unserem Gewissen ab. SPÖ und ÖVP müssen im Zweifel gegen Österreich stimmen, wenn es ihre EU-Fraktionen so befehlen (z. B. bei der Atompolitik und der Betrugsbekämpfung).

An einen Haushalt. Neue Freie Zeitung Folge Nr. 22b333, Zul.-Nr. 3950W73E, Verlagspostamt 1010 Wien, P.b.b.



INFO:
www.fpoe-wahl.at
 ☎ 0664/2237013

Am 13. Juni
EUROPA braucht KONTROLLE!



Am 13. Juni
EUROPA braucht Kontrolle!





Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Der aktuelle Zustand der Europäischen Union ist besorgniserregend. Drei Monate vor den EU-Wahlen mußte die EU-Kommission wegen Vetternwirtschaft, Korruption, Mißwirtschaft und Verschwendung zurücktreten. Jährlich verschwinden 56 Milliarden Schilling im Sumpf der Europa-Bürokratie auf Nimmerwiedersehen. Der rot-schwarze Proporz in Brüssel ist nicht in der Lage, wirksame Beschäftigungsprogramme für die 18 Millionen Arbeitslosen in der EU zu entwickeln. Anstatt diese aktuellen Probleme zu lösen, wird der Grundstein für neue, noch größere Schwierigkeiten gelegt: die EU-Osterweiterung soll so schnell als möglich durchgepeitscht werden. Zur Finanzierung wurde sogar eine eigene Europasteuer beschlossen. Am 13. Juni haben Sie bei den Europawahlen mit der FPÖ eine klare Alternative zur dieser rot-schwarzen Politik der Mißwirtschaft, Verschwendung und Skandale in Wien und Brüssel. Die FPÖ steht seit Jahren für den erfolgreichen Kampf gegen Privilegien, Korruption und Zentralismus. Wir Freiheitlichen sind die Stimme der Anständigkeit, die die Interessen Österreichs und seiner Bürger vertritt. Machen Sie diese Stimme stärker. **Es zahlt sich aus am 13. Juni FPÖ zu wählen.**

EUROPÄISCHE UNION Traumjob Portier!

Europa muß verwaltet werden. Alleine in der EU-Verwaltung sitzen über 30.000 Beamte. Angestellte, Mitarbeiter und Hilfskräfte gar nicht mitgerechnet. Wofür dieses Heer der Euro-Bürokraten tatsächlich notwendig ist, weiß niemand. Nur was es kostet, ist bekannt.

Traumjob Portier

Selbst einfachste Berufe wie Boten oder Portiere werden im Dienste der EU fürstlich entlohnt. Grundgehälter von 49.000.- öS netto monatlich sind da ebenso an der Tagesordnung, wie ein unfaßbares Zulagensystem und eine Immunität, wie sie sonst nur Mandatäre genießen.

Aber nicht genug damit. Im EU-Stadtviertel in Brüssel gehören viele Restaurants einem EU-Portier, der sein EU-Einkommen weiter kräftig auf-fettet. Und sich laut EU-Regeln keinen Verstoß gegen die Vorschriften leistet.

Denn: Bei knapp 50.000.- öS netto wird nicht einmal die Anwesenheitspflicht kontrolliert. Die Folge: Die „Restaurantbesitzer“ halten sich billige Stellvertreter in den EU-Portierlogen und kassieren damit zweimal voll ab.

Der Gipfelpunkt: Sobald sie 60 Jahre sind, können sie auch noch mit vollen Bezügen in Pension gehen.

Millionen selbst bei Rücktritt

Im März 1999 ist die EU-Kommission geschlossen wegen Mißwirtschaft, Korruption und Vetternwirtschaft zurückgetreten. Finanzielle Konsequenzen für die Kommissare hatte das keine. Ihre Übergangsgelder liegen je nach Amtszeit zwischen 3,6 und 5,7 Millionen Schilling, etwaige Umzugskosten werden ebenso selbstverständlich bezahlt wie eine Wiedereingliederungshilfe von 220.000.- Schilling. Und auch der korrupteste und unfähigste EU-Kommissar hat seine Pensionsansprüche behalten.



Die unfaßbare SUPER-GEHALTSPYRAMIDE in Brüssel

EU-Portier oder EU-Bote:
49.000.- öS netto im Monat

EU-Verwaltungsamtsrat:
93.000.- öS netto im Monat

EU-Direktor:
150.000.- öS netto im Monat

EU-Generaldirektor:
163.000.- öS netto im Monat

EU-Kommissar:
260.000.- öS netto im Monat



Daniela RASCHHOFER
Geb. 19. 06. 1960
Lehrerin kaufm.Berufsschule
1991:
Kandidatur für Gemeinderat und Landtag
1991 - 1996:
Abgeordnete zum OÖ Landtag
Seit 1996:
Abgeordnete zum Europäischen Parlament



Peter SICHROVSKY
Geb. 5. 09. 1947
Journalist und Schriftsteller
Seit 1996:
Abgeordneter zum Europäischen Parlament



Hans KRONBERGER
Geb. 9. 05. 1951
Journalist/Lektor
seit 1982:
ORF-Redaktion „Argumente“
„Bürgerforum“, „Konflikte“
Seit 1996:
Abgeordneter zum Europäischen Parlament



Gerhard HAGER
Geb. 26. 09. 1942
Hofrat des Obersten Gerichtshofes
Seit 1996:
Abgeordneter zum Europäischen Parlament



Wolfgang ILGENFRITZ
Geb. 10. 01. 1957
Wirtschaftsprüfer
Geschäftsführender Gesellschafter der Treuhand-Union (Leiter der Abteilung Wirtschaftsprüfung)



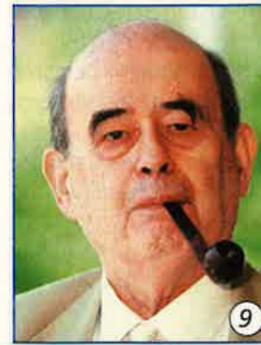
Christian JOKSCH
Geb. 30. 07. 1961
Wirtschafts- und Unternehmensberater
Geschäftsführender Gesellschafter IMADEC (International Business School Vienna, Austria)



Irina SCHOETTEL-DELACHER
Geb. 22. 10. 1962
1988 - 1990
Univ.Ass. an der HSG
1996 -1997
Assistentin der Geschäftsführung der Delacher Gruppe
Seit 1992 Präsidentin der „delacher + co transport AG“, Schweiz



Klaus WITTAUER
Geb. 30. 06. 1960
Schlosserfacharbeiter
Landwirtschaftlicher Meister



Georg MAUTNER MARKHOF
Geb. 11. 06. 1926
Vorsitzender des Vorstandes Mautner Markhof-Konzern
1989-1992
Abgeordneter zum NR
Mitglied des Parteipräsidiums der FPÖ
Mitglied des Vorst. RFW
1990 - 1992
Stv. Bundesparteiohmann/FPÖ



Helga BERGER
Geb. 19. 12. 1972
seit der letzten EU-Wahl 1996
Assistentin von Prof. Dr. Gerhard Hager
Referentin für EU- und Außenpolitik im Büro des Landeshauptmannes von Kärnten

ÖVP-Stenzels & SPÖ-Martins GLANZLICHTER



Ursula Stenzel, seit 1996 für die ÖVP politisch tätig. Ihre bisherigen „politischen Glanzlichter“:

14. Jänner 1999: Mißtrauensantrag gegen die EU-Kommission. Der Grund: Mehrere Berichte und Untersuchungen weisen den EU-Kommissaren Mißwirtschaft, Verschwendung, Vetternwirtschaft und Korruption nach. Ursula Stenzel gibt die Parole für die VP-Abgeordneten aus: „Wir sind gegen die Absetzung der EU-Kommission.“ Der Mißtrauensantrag verfehlt nur ganz knapp die Mehrheit, die rücktrittsreife Kommission bleibt im Amt. Nach der Abstimmung ist **Ursula Stenzel eine der ersten, die Kommissionspräsident Jacques Santer gratuliert.** Nur zwei Monate später tritt die EU-Kommission von sich aus geschlossen zurück. Der Grund: Mißwirtschaft, Verschwendung, Vetternwirtschaft und Korruption ...

23. April 1999: ÖVP-Bundesparteitag. Ursula Stenzel in ihrer Rede vor den Delegierten: „Die EU-Osterweiterung muß das Ziel sein.“

8. Mai 1999: ORF-Radioreihe „Im Journal zu Gast“. Ursula Stenzel: „Die Europasteuer ist kein Gespenst.“ (Kann sie ja auch nicht sein. Am 18. März 1999 hat Stenzel mit allen Abgeordneten von ÖVP, SPÖ, Grünen und Liberalen für die Europasteuer gestimmt.) Und noch ein wirkliches Glanzlicht Stenzels zu Beginn ihrer politischen Tätigkeit:

15. November 1996: Das Europaparlament stimmt über den Ausstieg der EU aus der Atomenergie bis 2002 ab. Mit 237 zu 244 Stimmen verlieren die Atomgegner nur ganz knapp. Die Abgeordneten der ÖVP unter der Leitung von Ursula Stenzel stimmen gegen den Ausstieg und verhindern somit den Ausstieg Europas aus der Kernenergie. Kritikern wirft Delegationsleiterin Ursula Stenzel anschließend blinden Aktionismus vor.

Ursula Stenzel, Spitzenkandidatin der ÖVP: für die rücktrittsreife EU-Kommission, für die EU-Osterweiterung, für die Europa-Steuer und für Atomenergie.



Hans Peter Martin, führendes Mitglied der Waldheim-Jagdgesellschaft

29. Jänner 1988: Das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ veröffentlicht ein Dokument, mit dem **Bundespräsident Kurt Waldheim** erstmals eine **Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen** nachgewiesen werden soll.

30. Jänner 1988: Der für die Veröffentlichung des Dokumentes verantwortliche „Spiegel“-Redakteur Hans Peter Martin bestreitet, daß es sich dabei um eine Fälschung handelt. Martin: „Wir hätten das nicht gedruckt, wenn wir irgendeinen Anhaltspunkt für eine Fälschung gefunden hätten.“

3. Februar 1988: Die „Spiegel“-Dokumente **stellen sich als Fälschung heraus.**

26. Februar 1988: Das vom „Spiegel“ veröffentlichte Dokument, das Bundespräsident Kurt Waldheim Kriegsverbrechen nachweisen sollte, ist im Jänner 1988 in Belgrad gefälscht worden. Hans Peter Martin, Journalist von Beruf, Österreich-Vernaderer aus Berufung. Ein Bild sagt mehr als tausend Worte: Die „Spiegel“-Titelseite, als Hans Peter Martin Österreich-Chef des „Spiegel“ war. Hans Peter Martin: Nach Brüssel, der eigenen Interessen wegen, denn er sagt über die SPÖ: „Das ist nicht meine Partei!“ Ein schöner Spitzenkandidat. Hans Peter Martin, Spitzenkandidat als später Dank für seine „Verdienste in der Waldheim-Jagdgesellschaft“ und **Österreich-Vernaderer aus Berufung!** ★

Bananen für Brüssel

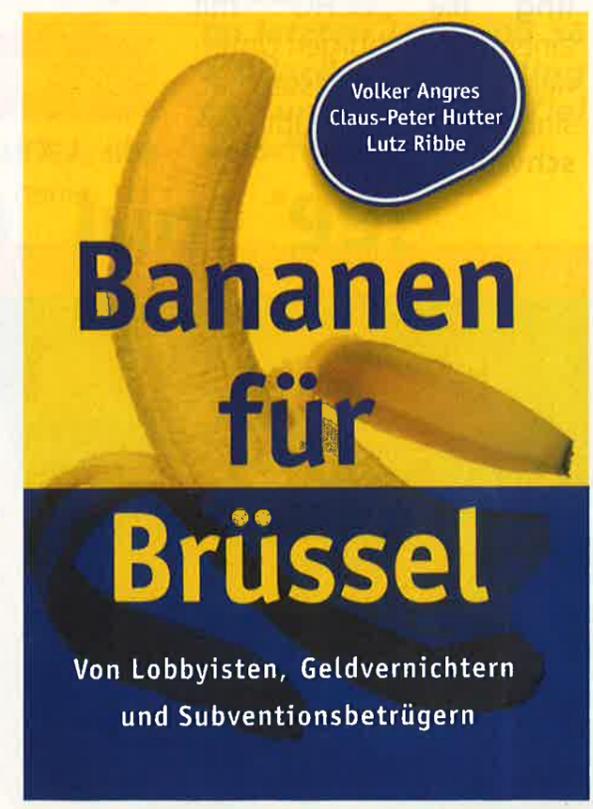
Steuergelder in Milliardenhöhe werden innerhalb der Europäischen Union verschwendet, weil der politische Mut und Wille zu grundlegenden Reformen in Brüssel fehlt.

Zu diesem Ergebnis kommt ein Report der Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), der seit März unter dem Titel „Bananen für Brüssel“ im Buchhandel erhältlich ist. Ungefähr ein Drittel des rund 1.120 Milliarden ATS umfassenden EU-Haushalts zahlen die deutschen Steuerzahler in die Kasse der Europäischen Union. Auf die Mittel des EU-Haushalts haben es viele abgesehen. Nach Ansicht der internationalen Umweltstiftung Euronatur ist die EU teilweise zu einem Selbstbedienungsladen verkommen. **„Die derzeit in Brüssel zutage getretene Korruption und Vetternwirtschaft ist nur ein Kapitel des düsteren EU-Finanzdramas, die Abzockerei und Geldverschwendung ein anderes“**, kommentiert Euronatur-Präsident Claus-Peter Hutter die jüngsten Entwicklungen in Brüssel. Bei den miesen Geschäften in der EU spielen nach Ansicht von Euronatur die Mitgliedstaaten selbst eine unrühmliche Rolle. So zockte etwa Deutschland wie kein anderer Staat in der EU bei den Direktzahlungen für die landwirt-

schaftlichen Großbetriebe ab. Für Griechenland seien Sondermaßnahmen für getrocknete Weintrauben aufgelegt, Großbritannien habe eine Exportsubvention für Whisky ausgehandelt, und Frankreich lasse sich die Lieferung von reinrassigen Zuchtkaninchen in die Übersee-Departements von der EU finanzieren. Die Stiftung Europäisches Naturerbe fordert die EU und alle Mitgliedstaaten zu drastischen Einsparungen auf und legte eine Liste mit umfassenden Sparmaßnahmen vor. Ein wichtiger Ansatzpunkt ist nach Ansicht der Euronatur-Vertreter die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Dieses sieht vor, daß sich die EU nur dort engagiert, wo ein gesamteuropäisches Engagement unabdingbar ist. Die Subventionierung der Lieferung von Bruteiern für die französischen Übersee-Departements sei zum Beispiel eine der Aufgaben, die nicht vom deutschen Steuerzahler über den EU-Haushalt mit-

finanziert werden müßte. Die Euronatur-Vertreter warnen vor den Haushaltsrisiken, die die Agenda 2000 beinhalte. Claus-Peter Hutter: „Fehl kalkulationen bei der Reform der Agrarpolitik im Jahr 1992 haben den europäischen Steuerzahler mehr als 119 Mio. öS gekostet, und nun besteht die Gefahr, daß auch die Agenda 2000 viel teurer wird als es sich die Politiker ausmalen.“

Das Buch „Bananen für Brüssel“ von Volker Angres, Claus-Peter Hutter und Lutz Ribbe ist im Droemer Verlag erschienen (320 Seiten, 291,-öS)





Europäische ABSURDITÄTEN

Hallo „ECHO“

1992 hat die EU das europäische Amt für humanitäre Hilfe „ECHO“ eingerichtet. Wem „ECHO“ zwischen 1994 und 1995 geholfen hat, weiß niemand. Nach vorläufigen Schätzungen des europäischen Rechnungshofes kann die Verwendung von 15 Milliarden Schilling allein in diesen beiden Jahren nicht nachgewiesen werden. Verträge über **40 Millionen Schilling**, die „ECHO“ mit einem Luxemburger Unternehmen abgeschlossen hat, sind gleich überhaupt **verschwunden**.

„MED“, eine ehrenwerte Gesellschaft

Durch „MED“ wollte die EU mit mehreren Milliarden Schilling die Mittelmeerländer fördern. Am meisten haben Mitglieder des Verwaltungsrates von „MED“ profitiert, weil sie sich die **Aufträge gegenseitig zugeschanzt haben**.

„LEONARDO“, Vetternwirtschaft in Brüssel

Mit „LEONARDO“ wollte die EU einen milliardenschwe-

ren Beitrag zur Berufsbildung leisten. Herausgekommen ist ein **Sumpf von Korruption, Vetternwirtschaft und Verschwendung**. Verträge wurden nicht korrekt abgerechnet, Honorare und Reisekosten, die nicht genehmigt waren, wurden einfach ausbezahlt. Einsamer Höhepunkt: Die Ehefrau eines EU-Direktors wurde für eine Monatsgage von 80.000.- öS eingestellt, obwohl sie keinerlei Qualifikation für den Job nachgewiesen hatte.



„TACIS“, eine strahlende Zukunft

„TACIS“ sollte für mehr Sicherheit in den schrottreifen Atomkraftwerken der Staaten der ehemaligen UdSSR sorgen. Zwischen 1990 und 1997 wurden 20 Milliarden Schilling dafür reserviert. Rund **11 Milliarden Schilling sind unwiderruflich weg**, Fortschritte bei der Reaktorsicherheit sind nicht erkennbar.

Italien und die Milchquote

Jahrelang hat unser südlicher EU-Nachbar die zugeordneten **Milchquoten weit überschritten**. Angenehme Nebenerscheinung: 70

Milliarden Schilling, die Italien dafür zu Unrecht von der EU kassiert hat. Jetzt, wo diese Milliarden zurückgezahlt werden sollen, weigert sich die italienische Regierung einfach.

Das europäische Fischmassaker

1983 beschließt Brüssel eine gemeinsame Fischereipolitik. Jedem Land wird eine Quote zugeteilt, die festlegt, wieviel von welcher Fischart gefangen werden darf. Der Fehler im System: Fische schwimmen nicht – wie das die EU-Bürokraten gerne hätten – säuberlich getrennt nach Arten im Meer. Ein Beispiel: Ein einziger Kutter hat in fünf Wochen 30 Millionen Makrelen

gefangen. Weitere **30 Millionen anderer Fische mußte er tot über Bord werfen**, weil er keine Quote dafür hatte: Das Meer als Fischfriedhof, streng nach EU-Recht.

Merke:

Sobald die EU eine neue Abkürzung erfindet oder Quoten festlegt, versickern die Milliarden. Und: Es ist wenig Unterschied zwischen EU-Beamten, EU-Kommissaren, EU-Günstlingen und EU-Staaten. Immer mehr erliegen den Lockungen der anonymen EU-Milliarden. Im letzten Jahr sind 56 Milliarden Schilling mit unbekanntem Ziel verschwunden.

Daher am **13. Juni '99:**

www.fpoe-wahl.at

X FPÖ
EUROPA braucht Kontrolle!



Daniela Raschhofer

